

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 26. Sitzung

am Mittwoch, dem 28. Mai 2014, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Europaministerin Anke Spoorendonk über die Personalsituation im Hanse Office Brüssel, insbesondere der aktuellen Lage zu den unbesetzten Stellen	5
Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU) Umdruck 18/2836	
2. Verbot von dünnwandigen Einmal-Plastiktüten; hierzu Änderung der EU-Richtlinie 94/62/EG sowie Erhebung einer generellen Schutzgebühr für Plastiktüten im Handel	11
Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN) Umdruck 18/2856	
3. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte - Europabericht 2013 - 2014	13
Drucksache 18/1841 (überwiesen am 16. Mai 2014 an den Europaausschuss und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)	
4. Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fitmachen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb	15
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1865 (überwiesen am 14. Mai 2014 an den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss)	
5. Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen	15
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1872 (überwiesen am 14. Mai 2014 an den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss)	
6. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen	18

7. Bundesratsangelegenheiten	19
hierzu: Umdrucke 18/2801 , 18/2857	
8. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	20
hierzu: Umdruck 18/2850	
9. Verschiedenes	21

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, zum Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Zugang des Landtags zur Bundesratsdatenbank EUDISYS, [Drucksache 18/1860](#), zur nächsten Sitzung am Mittwoch, dem 2. Juli 2014, den Landtagsdirektor Dr. Schliesky und den Chef der Staatskanzlei einzuladen, um gemeinsam über die Vorlage zu beraten. In diesem Zusammenhang bittet der Ausschuss außerdem um Zuleitung der in [Umdruck 18/2887](#) erwähnten Beratungsgrundlage der letzten Direktorenkonferenz zu diesem Thema.

Einvernehmlich kommt der Ausschuss überein, den Entwurf INTERREG Nordsee Programm 2014-2020, von der Tagesordnung abzusetzen.

Ebenfalls einvernehmlich kommt der Ausschuss überein, auch den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Entschließung des Europaparlaments gegen Massenüberwachung umsetzen - Beschwerde gegen Massenüberwachungsprogramme ausländischer Geheimdienste einreichen, [Drucksache 18/1859](#), auf eine seiner nächsten Sitzungen zu verschieben.

Die Tagesordnung wird in der vorstehenden, geänderten Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Europaministerin Anke Spoorendonk über die Personalsituation im Hanse Office Brüssel, insbesondere der aktuellen Lage zu den unbesetzten Stellen

Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU)
[Umdruck 18/2836](#)

Einleitend verweist Ministerin Spoorendonk auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abg. Damerow, [Drucksache 18/1722](#). Ministerin Spoorendonk führt aus, dass es aus ihrer Sicht nicht zielführend sei, eine Wiederholung des bereits erfolglos gelaufenen Ausschreibungsverfahrens durchzuführen. Bei der Stelle im Bereich Inneres und Justiz sei das Einverständnis des Haupttrichterrats erforderlich, um diese Stelle weiterführen zu können. Sie unterstreicht, dass die Schwierigkeiten, Stellen in Brüssel qualifiziert zu besetzen, nicht neu seien. Diese Schwierigkeiten beschäftigten das Land und das Parlament schon seit Jahren. Es handele sich dabei um ein strukturelles Problem. Es habe nach erfolglosen Ausschreibungen in der letzten Wahlperiode auch den Versuch gegeben, dass Hanse Office in ein

übergreifendes Personalentwicklungskonzept einzubeziehen. Vorteilhaft für die Landesregierung sei, dass man durch die Europawahl etwas Zeit habe, um sich mit der Situation im Hanse Office eingehend zu befassen, weil in Brüssel im Moment voraussichtlich wenig neue Arbeitsaufgaben auf das Hanse Office zukämen. Das Europäische Parlament werde erst im Juli zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkommen, die Konstituierung der Kommission werde erst für Herbst oder Ende des laufenden Jahres erwartet. Überlegt werde derzeit, wie das Hanse Office gestärkt und auf die kommenden Herausforderungen vorbereitet werden könne. Eine Überlegung sei, eine der zu besetzenden Stellen neu zu schneiden, indem die Politikbereiche Energie, Klima und Umwelt zusammengelegt würden. Diese Themen seien sowohl für Hamburg als auch für Schleswig-Holstein von hoher Bedeutung. Zudem werde überlegt, ob die Ressorts im Rahmen ihrer Personalentwicklung für die Stellen im Hanse Office verantwortlich seien könnten. Dieser Weg funktioniere in Hamburg gut. Die Ressorts sollten damit in die Länge versetzt werden, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu identifizieren und durch interne Ausschreibungen in den Geschäftsbereichen nach Brüssel zu entsenden. Diese Idee sei nicht neu, aber es sei wichtig, an der Umsetzung zu arbeiten. Insgesamt gelte es, die Bedeutung einer Europaqualifikation in der Laufbahn der Landesverwaltung deutlich zu machen. Ein weiterer Weg könne sein, Berufseinsteiger für Stellen im Hanse Office zu gewinnen, deren Lebensmittelpunkt noch nicht fest Schleswig-Holstein sei.

Auf eine Frage der Abg. Damerow zur Notwendigkeit der Zustimmung des Haupttrichterrates zur Besetzung von Stellen führt Ministerin Spoorendonk aus, dass dies zwingend erforderlich sei, zum Beispiel auch bei der Abordnung von Richterstellen in das Ministerium. Da es keine eigene Stelle im Hanse Office für diesen Bereich gebe, sei man darauf angewiesen, dass jemand abgeordnet werde. Es gebe deshalb keine eigene Stelle, weil die Landesregierung dem Personalkosteneinsparkonzept verpflichtet sei.

Zu der Stelle im Bereich Landwirtschaft und Umwelt - eine weitere Frage der Abg. Damerow - führt Ministerin Spoorendonk aus, dass diese aus dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume zur Verfügung gestellt worden sei. Diese sei jedoch vom Ministerium jetzt eingespart worden. Durch Umschichtungen habe man die Stelle zwar erhalten können, die Ausschreibung dazu sei jedoch nicht erfolgreich gewesen.

Ein Neuzuschnitt - so räumt Ministerin Spoorendonk auf einer Anmerkung der Abg. Damerow ein - löse zunächst nicht das Problem der Vakanz, sei aber notwendig in dieser Zeit, um festzustellen, ob die Zuschneidungen der Stellen weiterhin zielführend seien. Wichtig sei, auch Synergieeffekte zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein zu nutzen. Eine Verlagerung der Stellen in die einzelnen Ressorts sei der Weg, den Hamburg beschreite. Insofern sei auch eine Kooperation mit Hamburg sinnvoll.

Frau Hoppe, Leiterin der Abteilung Allgemeine Angelegenheiten im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, ergänzt, dass der Neuzuschnitt der Stelle ein Grund dafür gewesen sei, mit einer Besetzung der Stelle diesem nicht vorzugreifen.

Die Vakanz sei entstanden - so führt Frau Hoppe auf eine Frage der Abg. Damerow aus -, weil der auf diese Stelle abgeordnete Kollege aus dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume zurückbeordert worden sei. Der abgeordnete Kollege habe nach seiner Rückkehr einen auch von ihm erhofften Karriereschritt gemacht, was Anlass zu der Hoffnung gebe, dass eine Versetzung beziehungsweise Abordnung ins Hanse Office von besonders fachlich qualifizierten Kandidaten auch als Karriereoption gesehen werde.

Abg. Beer unterstreicht, dass auch trotz der Wahl zum Europäischen Parlament aus ihrer Sicht die Notwendigkeit bestehe, Vakanzen wiederzubesetzen. Sie regt an, das Thema noch vor der gemeinsamen Sitzung mit Hamburg im Ausschuss zu diskutieren, um auch noch eventuell haushaltsrelevante Entscheidungen treffen zu können.

Den Vorsitzenden interessiert für seine Fraktion, wie weit die Überlegungen innerhalb der Landesregierung zur Wiederbesetzung der Stellen gediehen seien und wann mit einer Besetzung der Stellen zu rechnen sei. - Frau Hoppe führt dazu aus, dass bereits Gespräche in der Staatskanzlei und in der Staatssekretärsrunde geführt worden seien. Als Nächstes werde man auf die Ressorts zugehen, was dadurch komplizierter würde, dass mehrere Ressorts betroffen seien. Man strebe an, dass man die Ausschreibungsverfahren rechtzeitig vor den Sommerferien auf den Weg bringen wolle, um eine Besetzung spätestens bis Herbst vornehmen zu können.

Ministerin Spoorendonk hebt zu den Anmerkungen der Abg. Beer und Damerow zu der Notwendigkeit der Besetzung der Stellen im Hanse Office auch während der durch die Wahl entstehenden Pause hervor, dass sie dies ebenso sehe. Den durch die jetzt noch nicht stattgefundenen Konstituierung der Fachausschüsse gewonnenen Spielraum könne man jedoch dennoch für die Umsetzung von Neustrukturierungen nutzen.

Abg. Wiegard verweist auf die Darstellung im Europabericht zur Bedeutung des Hanse Office, die aus seiner Sicht nicht mit der Tatsache zusammenpasse, dass Stellen im Hanse Office nicht besetzt seien. Er unterstreicht, dass auch vor und nach der Europawahl die Kommission nicht untätig sei. Eine angemessene Begleitung dieser Arbeit durch das Hanse Office sei seiner Ansicht nach dringend erforderlich. Dazu gehöre auch, mit dem entsprechenden Elan an die Neubesetzung von vakanten Stellen heranzugehen.

Ministerin Spoorendonk betont die aus ihrer Sicht sehr gute Arbeit des Hanse Office, die trotz der durchaus nicht neuen Schwierigkeiten auf hohem Niveau bleibe. Das bestehende Problem sei ein strukturelles, das schon länger bestehe und auch von der Vorgängerregierung bisher nicht gelöst worden sei.

Abg. Wiegard weist daraufhin, dass seine Kritik am schleppenden Besetzungsverfahren nicht als Kritik an der Arbeit des Hanse Office zu verstehen gewesen sei. Er unterstreicht, dass die bisherige EU-Kommission bis zur Wahl einer neuen Kommission im Amt sei und auch arbeite. Ein Beispiel für die Aktivität seien die Verhandlungen mit den USA über das Freihandelsabkommen. Aus seiner Sicht bestehe kein Grund zu der Annahme, dass man sich mit der Besetzung der Stellen Zeit lassen könne.

Abg. Damerow stellt die Frage in den Raum, wie das Hanse Office die wichtigen Themen Landwirtschaft und Umwelt sowie Inneres und Justiz in den Zeiten der Vakanz bearbeitet habe. Sie bringt ihren Wunsch zum Ausdruck, dass die Wiederbesetzungen mit größerem Engagement verfolgt werden sollten.

Ministerin Spoorendonk unterstreicht, dass sie nicht nachvollziehen könne, warum von fehlendem Engagement gesprochen werde, und wiederholt, dass es sich bei der Situation im Hanse Office nicht um eine neu entstandene Situation handele.

Herr Augustin, Leiter des Hanse Office, erläutert zur Anmerkung von Abg. Damerow bezüglich der Abdeckung der Themengebiete, dass diese alle auch bei nicht vollständiger Besetzung der Stellen im Hanse Office abgedeckt seien. Man habe sich zwischenzeitlich damit beholfen, mit Sechs-Monats-Referendaren die Lücken zu überbrücken. Für die Referendare sei es Teil ihrer Ausbildung. Insgesamt sei die Arbeit auf diejenigen verlagert worden, die vor Ort gewesen seien. Er unterstreicht, dass es natürlich auch im Interesse des Hanse Office und der Landesregierung sei, die offenen Stellen künftig mit regulären Referenten zu besetzen. Ein Grund für die erfolglose Ausschreibung sei auch gewesen, dass man eben gerade Fachleute auf den entsprechenden Positionen benötige, die ihre Arbeit selbstständig erledigen könnten.

Abg. Pauls unterstreicht, dass es sich bei der Diskussion aus ihrer Sicht auch um künstliche Aufgeregtheit handelt, zumal einerseits die Arbeit im Hanse Office geleistet worden sei und man andererseits niemanden nach Brüssel zwangsversetzen könne.

Auch Abg. Voß weist daraufhin, dass es sich hier aus seiner Sicht nicht um ein neues Problem im Hanse Office handele.

Abg. Damerow hebt die Zuständigkeit des Ministeriums hervor, offene Stellen zeitnah wieder zu besetzen. Es sei anerkennenswert, dass das Hanse Office sich mit Bordmitteln behelfe, das könne aber keine dauerhafte Lösung sein. Die Landesregierung sei in der Verantwortung, Lösungen zu suchen und Abhilfe zu schaffen. Nach einer erfolglosen Ausschreibung müsse ein weitere Ausschreibung durchgeführt werden.

Abg. Waldinger-Thiering betont, dass ihrer Ansicht nach Einigkeit darüber bestehe, die offenen Stellen im Hanse Office wieder zu besetzen. Eine Stelle im Hanse Office müsse darüber hinaus in der Landesverwaltung als karriereförderlich wahrgenommen werden, was derzeit nicht durchgängig der Fall sei. In diesem Zusammenhang müsse auch ein Umdenken stattfinden, um jungen Leuten einen Aufenthalt in Brüssel schmackhafter zu machen.

Abg. Poersch unterstreicht, dass aus ihrer Sicht aus den Ausführungen der Landesregierung deutlich geworden sei, dass alles unternommen werde, um die Stellen auch nachhaltig neu zu besetzen und nicht nur Übergangslösungen zu schaffen.

Abg. Wiegard bittet darum, zeitnah einen Bericht darüber zu bekommen, welche Maßnahmen das Ministerium gedenke umzusetzen, damit ein Aufenthalt im Hanse Office in Brüssel auch innerhalb der Landesverwaltung als karriereförderlich wahrgenommen werde. Gleichzeitig solle in den Blick genommen werden, inwieweit andere Bundesländer in ihren Landesvertretungen anders vorgehen, um ähnlichen Problemen zu begegnen.

Ministerin Spoorendonk plädiert dafür, dass der Landtag als Haushaltsgesetzgeber einen - möglichst interfraktionell gemeinsam getragenen - Antrag vorlegen solle, aus dem hervorgehe, inwieweit die Unterstützung für das Hanse Office erhöht werden könne. Sie unterstreicht, dass das Europaministerium im Rahmen der Vakanz eine Stelle zur Verfügung gestellt habe, um das Ausschreibungsverfahren zu beschleunigen. Auch dies zeige aus ihrer Sicht die Aktivität der Landesregierung. Wenn der Landtag sich dazu entscheide, mehr Mittel für das Hanse Office zur Verfügung zu stellen, sei sie an der Seite des Landtags. Auch das Thema Europafähigkeit sei nicht neu, müsse aber auch gemeinsam mit den Kommunen diskutiert werden. Es sei zu begrüßen, wenn sich auch weitere Kreise für das Hanse Office engagieren könnten.

Der Ausschuss kommt überein, von der Landesregierung eine Übersicht über die Stellen- und Besetzungssituation der anderen Ländervertretungen zu erbitten. - Ministerin Spoorendonk weist daraufhin, dass man bei einer derartigen Abfrage auf die Informationen aus anderen Bundesländern angewiesen sei. Sie sagt zu, die Antworten so schnell wie möglich zu liefern.

Abg. Beer weist daraufhin, dass zusätzlich zum Personalkosteneinsparkonzept auch der Stellenabbaupfad zu einer Mehrbelastung der Mitarbeiter durch Aufgabenverdichtung führe. Im Bereich Europa steige die Arbeitsbelastung noch zusätzlich dadurch, dass auch die Europäische Union mehr Kompetenzen bekomme. Sie plädiert dafür, schnellstmöglich zu einer Neubesetzung zu kommen.

Frau Hoppe regt an, eine Abfrage bei den anderen Ländern nicht nur über die Anzahl der Stellen in den Landesvertretungen an sich, sondern auch über Details der Besetzung und die Einbindung in ein Personalentwicklungskonzept abzufragen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verbot von dünnwandigen Einmal-Plastiktüten; hierzu Änderung der EU-Richtlinie 94/62/EG sowie Erhebung einer generellen Schutzgebühr für Plastiktüten im Handel

Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN)

[Umdruck 18/2856](#)

Einleitend zu ihrem Antrag weist Abg. Beer auf die hohe Zahl von dünnwandigen Plastiktüten hin, die täglich verbraucht werde. Ihre Fraktion sehe die Möglichkeit, auf EU-Ebene einen Schritt zu tun, um die EU-Richtlinie zu verändern, wenn im Ausschuss Einigkeit bestehe, dies zu tun. Die Frage, die sich im Anschluss stelle, sei, ob man eine Schutzgebühr für die dünnwandigen Plastiktüten erheben wolle oder sich zu einem Verbot durchringen könne. Begrüßenswert aus ihrer Sicht sei, zu einer gemeinsamen Anhörung zu kommen, um Lösungsmöglichkeiten zu eruieren.

Abg. Damerow unterstützt die Idee, eine gemeinsame Anhörung mit dem Umwelt- und Agrarausschuss durchzuführen. Zu erwägen sei, im Ausschuss zuvor noch das Fachministerium zu befragen.

Frau Olschewski, Mitarbeiterin im Referat Stoff- und Abfallwirtschaft und Chemikaliensicherheit im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, führt aus, sie sei im Umweltministerium zuständig für die Umsetzung der Verpackungsverordnung. Der Vorschlag der Kommission, der jetzt vorliege, sei auch im Bundesrat diskutiert worden. Dem Vorschlag der Kommission gehe es darum, den Verbrauch dünnwandiger Plastiktüten zu minimieren, zu einem Verbot habe sich die Kommission nicht durchringen können. Dieses Vorgehen sei aus Sicht der Landesregierung auch deshalb sinnvoll, weil die Ausgangssituation in den Mitgliedsländern sehr unterschiedlich sei. Wichtig sei auch, begleitende Maßnahmen umzusetzen. So gebe es in Deutschland ein Deponieverbot und die Verpackungsverordnung, sodass der größte Teil der Plastiktüten einer Verwertung zugeführt werde.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zu den Überlegungen auf Bundesebene führt Frau Olschewski aus, dass man die grundsätzliche Überlegung der Reduzierung von Plastikmüll für positiv und begrüßenswert halte, allerdings müsse bei der Erwägung eines Verbots auch berücksichtigt werden, dass es möglicherweise zu Ausweichreaktionen des Einzelhandels, zum Beispiel zu aufwendigen Plastikverpackungen von Obst und Gemüse, komme, sodass im Endef-

fekt unter Umständen sogar mehr Verpackungsmüll produziert werde. Dies könne nicht im Sinne der Regelung sein.

Abg. Beer weist auf die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten hin, zum Beispiel die Nutzung biologisch abbaubarer Kunststoffe.

Auf eine Bitte der Abg. Damerow sagt Frau Olschewski zu, die Stellungnahme der Landesregierung im Bundesratsverfahren dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Abg. Voß regt an, die Beratungen des Umwelt- und Agrarausschusses, der fachlich zuständig sei, zunächst abzuwarten, bevor weitere Schritte im Europausschuss beschlossen würden.

Abg. Dr. Klug weist auf das gut entwickelte Recyclingsystem in Deutschland hin. Seiner Vermutung nach lande nur ein sehr geringer Anteil der dünnwandigen Plastiktüten nicht in dem Verwertungskreislauf. Aus seiner Sicht bestehe relativ geringer Handlungsbedarf in Deutschland. Es stelle sich auch die Frage, welches der richtige Weg in südeuropäischen Ländern sein könne, zum Beispiel die Entwicklung entsprechender Recyclinglösungen. Der Durchführung einer Anhörung stehe aus seiner Sicht nichts im Wege.

Der Ausschuss kommt überein, dem Umweltausschuss anheimzustellen, eine Anhörung zu dem Thema durchzuführen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte -
Europabericht 2013 - 2014**
[Drucksache 18/1841](#)

(überwiesen am 16. Mai 2014 an den Europaausschuss und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Ministerin Spoorendonk weist auf den von ihr im Plenum erstatteten Bericht hin. Der Europabericht bestehe aus zwei Teilen, einerseits der Auswertung des Kommissionsarbeitsprogramms, die im Januar vorgelegt sei, und andererseits dem klassischen Europabericht, der eine Rückschau auf vergangene Themen sowie eine Vorausschau auf die Umsetzung der landespolitischen Schwerpunkte in der Zukunft biete. Sie halte das vereinbarte Verfahren für gut. Sie kündigt an, dass der Ostseebericht als Handreichung für die Mitglieder der Ostseeparlamentarierkonferenz vor dieser verteilt werde.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Klug zur Verteilung der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds und den Mitteln, die früher für das Handlungskonzept Schule und Arbeitsfeld zur Verfügung gestellt worden seien, führt Frau Ehlers, Leiterin des Referats Aktive Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsmarktförderung, Europäischer Sozialfonds im Wirtschaftsministerium, aus, dass das Handlungskonzept PLS das Nachfolgeprogramm für das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt sei. Inhaltlich werde man es dahin gehend anpassen, dass man sich künftig auf eine Potenzialanalyse und ein Coaching für die Jugendlichen in den Schulabgangsklassen der allgemeinbildenden Schulen und den Berufseinstiegsklassen der berufsbildenden Schulen konzentriere. Dieses Programm werde im nächsten Förderzeitraum die größten Fördermittel in diesem Bereich erhalten.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Aufteilung von Fördermitteln in Zukunft sagt Ministerin Spoorendonk zu, diese sowohl inhaltlich als auch im Hinblick auf den Zeitrahmen dem Ausschuss schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Abg. Beer äußert sich positiv zur neuen Struktur des Berichts, merkt jedoch kritisch an, dass aus dem Bericht nicht deutlich werde, in welchen Bereichen die Landesregierung eine andere Position als die Europäische Union vertrete, zum Beispiel auch zur Forderung des Ministerpräsidenten nach einem Kommissar, der auch für Minderheitenangelegenheiten zuständig sein solle. Aus ihrer Sicht müsse dies auch Teil des Berichts sein, wenn man über die Tätigkeit der

Kommission berichte. - Ministerin Spoorendonk regt an, in der weiteren Beschäftigung mit den verschiedenen Themen auch Ergänzungen nachzuliefern. Die Anregung aus dem Ausschuss werde sie mitnehmen.

Abg. Damerow regt an, zur Arbeit der Nordseekommission, die sich ihrer Wahrnehmung nach nicht so entwickelt habe, wie man sich das wünschen würde, einen Bericht zu bekommen. Dies könne auch in einer Ausschusssitzung nach der Sommerpause geschehen.

Ministerin Spoorendonk führt dazu aus, dass sich die Arbeit der Nordseekommission zurzeit wieder im Umbruch befinde. Der Präsident der Nordseekommission sei auf kommunaler Ebene nicht wiedergewählt worden, sodass er habe von seinem Amt zurücktreten müssen. Demnächst soll ein neuer Präsident gewählt werden. Sobald das geschehe, werde die Arbeit auch wieder inhaltlich stärker ausgerichtet sein. Die Nordseekommission habe eine Strategiepapier „North Sea Region“ herausgegeben. In dieser Stellungnahme solle für eine eigene makroregionale Strategie geworben werden. Das habe auch im Rahmen der letzten Sitzung eine große Rolle gespielt. Einen Bericht nach der Sommerpause halte sie ebenfalls für zielführend.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren, und nimmt den Europabericht abschließend zur Kenntnis.

Gemeinsame Beratung:

Punkt 4 der Tagesordnung:

Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fit machen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1865](#)

(überwiesen am 14. Mai 2014 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europa-ausschuss)

Punkt 5 der Tagesordnung:

Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1872](#)

(überwiesen am 14. Mai 2014 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europa-ausschuss)

Abg. Poersch spricht sich für eine gemeinsame Beratung der beiden Anträge aus und regt an, sich mit der Landesregierung darüber auszutauschen, welche Teile zum Beispiel des Mittelstandsantrags der Fraktion der CDU bereits in der Umsetzung seien.

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Klug zu der in dem Antrag genannten Art des Unternehmertums präzisiert Abg. Poersch, dass es um Unternehmertum gehe, das sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühle, dass in der Unternehmensausrichtung nach außen gemeinwohlorientiert sei und nicht nur Gewinnmaximierung im Blick habe, aber auch nach innen sozial verantwortlich agiere, zum Beispiel durch Beteiligung der Beschäftigten und so weiter. Es sei nicht nur auf Wohlfahrtsverbände bezogen.

Herr von Knobelsdorff, Leiter der Abteilung Wirtschaft im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, hebt hervor, dass die schleswig-holsteinische Wirtschaft zum überwiegenden Teil aus mittelständischen Unternehmen bestehe und insofern Wirtschaftspolitik immer mittelstandsorientiert sei. Im Vordergrund stehe aber jetzt der Übergang von der

alten in die neue Strukturförderperiode. Eine Verringerung der Fördermittel werde zumindest teilweise durch ein Aufwachsen der GA-Mittel kompensiert. Aktuell sei das Operationelle Programm bei der Kommission eingereicht, man warte jetzt auf die Rückmeldung aus Brüssel. Im Moment erstelle die Landesregierung bereits neue Richtlinien, um möglichst Übergangslos neue Richtlinien zur Verfügung zu haben. Es bestehe aber auch die Möglichkeit, dass zum 1. Juli abgestimmte Richtlinien, aber noch kein genehmigtes Operationelles Programm vorliege. Der Antrag der CDU-Fraktion stelle das Thema Innovationen in den Vordergrund. Auch die Vorgaben der Europäischen Union seien auch auf Innovationen ausgerichtet. Das Operationelle Programm der Landesregierung setze viel thematische Prioritäten, von denen eine die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen sei, besonders im Zusammenhang mit Innovationen. Das bedeute aber auch, dass in der kommenden Förderperiode die Schnittmenge zwischen GRW-Förderung und Strukturfonds-Förderung geringer und damit die Kombinationsmöglichkeiten der Förderprogramme ebenfalls geringer würden. Zur Einführung des dualen Ausbildungssystems auf europäischer Ebene unterstreicht Herr von Knobelsdorff, dass dies ein sehr langer Weg sei, es aber schon einige vielversprechende Aktivitäten in diese Richtung gebe.

Zum Antrag der Koalitionsfraktionen zum sozialen Unternehmertum, [Drucksache 18/1872](#), führt Frau Ehlers aus dem Wirtschaftsministerium aus, dass man Informationen dazu eingeholt habe. Insgesamt handele es sich um ein wichtiges Thema in Brüssel. Auf europäischer Ebene habe man bereits Finanzierungsinstrumente geschaffen, so gebe es für den Zeitraum 2014-2020 ein eigenes Programm für Beschäftigung und soziale Innovation, das auch ganz speziell den sozialen Unternehmen zugutekommen solle. Ein weiteres Instrument sei ein europäischer Fonds für soziales Unternehmertum. Auch zur Bedeutung und zum Umfang der Sozialwirtschaft gebe Aktivitäten, derzeit eine Bestandsaufnahme, die das Ziel verfolge, sich ein klareres Bild über den Sektor und dem Umfang zu verschaffen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen ziele mit der Frage, was das Land mit seinen eigenen Förderinstrumenten machen könne, auch auf das Land selbst. Dazu sei generell zu sagen, dass soziale Unternehmen, wenn sie die Fördervoraussetzungen erfüllten, auch die Instrumente zur Verfügung hätten, die auch anderen kleinen und mittleren Unternehmen bereitstünden. So könnte soziale Unternehmer zum Beispiel von dem aus dem ESF-finanzierten Projekt Fachkräfteberater profitieren, gleichzeitig würden bestimmte Einrichtungen auch als Träger von Projekten des Arbeitsmarktprogramms in Erscheinung treten und auf diese Weise ebenfalls unterstützt werden. Sie unterstreicht, dass das Land jedoch kein eigenes Sonderprogramm für soziale Unternehmen auflegen könne. Das liege auch an den gekürzten Mitteln in EFRE und ESF.

Herrn von Knobelsdorff ergänzt, dass in dieser Förderperiode zum ersten Mal die Auflage gemacht worden sei, vor dem Operationellen Programm eine regionale Innovationsstrategie

zu erarbeiten. Dies sei auch geschehen, die regionale Innovationsstrategie sei auch konstitutiv für das Operationelle Programm gewesen. Ziel der Strategie sei, konkret dort anzusetzen, wo Schleswig-Holstein Stärken habe, die es anderswo so nicht gebe. Die Förderung der nächsten Jahre werde darauf abzielen, bereits vorhandene Stärken weiter zu stärken.

Die Landesregierung bietet an, dem Ausschuss die regionale Innovationsstrategie zukommen zu lassen. Der Ausschuss kommt überein, den Punkt bei seiner nächsten Sitzung am 2. Juli erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht aus dem Ausschuss der Regionen

Abg. Poersch weist auf die nächste Tagung des Ausschusses der Region (AdR) am 25. und 26. Juni 2014 hin. Ein Thema, das von Interesse für den Landtag sein könne, sei die Stellungnahme des AdR zum Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten. Die Stellungnahme selbst sei noch nicht bekannt. Abg. Poersch bietet an, sie mitzubringen, so bald sie beschlossen sei. Ein starker Fokus in den Beratungen des AdR sei das 20-jährige Jubiläum des Bestehens des AdR. Sie regt an, die entsprechenden Unterlagen auch als Umdruck dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bundesratsangelegenheiten

hierzu: [Umdrucke 18/2801](#), [18/2857](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

hierzu: [Umdruck 18/2850](#)

Abg. Dr. Klug weist auf die einstimmig geäußerten Subsidiaritätsbedenken des Bayerischen Landtags zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeit und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (COM(2014) 167 endgültig) hin. Der Ausschuss bittet die Landesregierung um eine Einschätzung des Vorgangs.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist auf den für den 4. September 2014 geplanten Termin für eine gemeinsame Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft hin.

Abg. Beer regt an, sich mit den Europaabgeordneten Schleswig-Holsteins zeitnah nach Konstituierung des Europaparlamentes beziehungsweise nach der Konstituierung der Kommission durchzuführen.

Abg. Weber interessiert sich für die Anzahl der Teilnehmer an der Baltic Sea Youth Conference. - Frau Schmidt-Holländer, Leiterin des Europareferats der Landtagsverwaltung, weist daraufhin, dass von den 20 zur Verfügung stehenden Plätzen jetzt 14 Plätze besetzt worden seien. - Frau Janneck, die Leiterin des Ostsee-Jugendsekretariats, werde auf einer Konferenz in Turku noch einmal für die Veranstaltung werben. Die Resonanz sei allerdings gering, was unter Umständen auch daran liegen könne, dass die Veranstaltung neu sei.

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Klug führt Frau Schmidt-Holländer aus, dass bisher der skandinavische Raum nicht so gut vertreten sei. Aus Russland sei das Interesse hingegen sehr groß gewesen.

Der Ausschuss kommt überein, den für den 24. September vorgesehenen Termin auf den 29. September 2014, einen Montag, zu verlegen und die Sitzung vor der Haushaltsberatungssitzung 2014 durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 12 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer